

Organ: Forum für nachhaltige Entwicklung

Thema: SCHUTZ DES KLIMAS FÜR GEGENWÄRTIGE UND ZUKÜNFTIGE GENERATIONEN

DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALRAT

*in Bekräftigung* der Klimarahmenkonvention des Kyoto-Protokolls von 1997 und unter Berücksichtigung des Copenhagen Accords von 2009 zum weltweiten Klimaschutz,

*mit Sorge zur Kenntnis nehmend*, dass der Klimawandel schon jetzt in den verschiedensten Regionen zu spüren ist und *alarmiert über* die weitreichenden sozialen und ökologischen Folgen mit einem kontinuierlich steigenden Schweregrad,

*beunruhigt* über noch nicht ausreichend verbindliche Regelungen zum Klimaschutz und zu niedrig angesetzte Zielsetzungen,

*aner kennend*, dass Klimaschutz als Maßnahme zur Sicherung gegenwärtigen und zukünftigen Lebens von enormer ökologischer Relevanz ist und zugleich *hervorhebend*, dass Klimaschutz ein absolut notwendiges Mittel zur Eindämmung der globalen Erwärmung und deren Auswirkungen ist,

*unter Hinweis auf* die dringende Erforderlichkeit der internationalen Zusammenarbeit mit einem Engagement jedes einzelnen Staates und den Nichtregierungsorganisationen für einen höheren politischen Stellenwert des Klimaschutzes,

1. *verlangt*, dass die internationale Staatengemeinschaft ihre Treibhausgas-Emissionen infolge eines auf der Klimakonferenz von Paris verabschiedeten und ab 2020 in Kraft tretenden Klimaabkommens um mindestens 30 Prozent bis 2050 reduziert und empfiehlt, dass die vom Menschen ausgestoßene Menge an CO<sub>2</sub>-Emissionen je nach Möglichkeit der Einzelstaaten bis zum Ende des Jahrhunderts auf nahe Null gesenkt werden soll;
2. *empfiehlt* den G8- und G20-Ländern dringend, angesichts ihrer zentralen Schlüsselrolle bei klimapolitischen Anliegen, dem Klimaschutz eine größere Bedeutung auf ihrer politischen Agenda beizumessen;
3. *legt dringend nahe*, den Klimaschutz sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene voranzutreiben;
4. *verurteilt* daher eine Begünstigung des Treibhauseffektes durch die Rodung zahlreicher Waldflächen für wirtschaftliche Zwecke und fordert einen konsequenten Schutz der Wälder sowie de-

ren Wiederaufforstung;

5. *betont* die Notwendigkeit einer Energieeffizienzsteigerung der betriebenen Kraftwerke aber auch ansässiger Unternehmen zur Emissionssenkung;
6. *ermutigt* alle Staaten, die Energieerzeugung aus fossilen Rohstoffen durch Energieerzeugung aus nachhaltigen Energiequellen, die bei der Energieproduktion keine Schadstoffe produzieren, zu ersetzen und die Nutzung schadstoffarmer Technologien voranzutreiben und so den Weg zur Energiewende zu bereiten;
7. *drängt* alle Staaten dazu, sich zu ihrem Anteil am Klimawandel zu bekennen und mit ernsthaften Klimaschutzzielen gegen den Klimawandel vorzugehen, sowie bestehende Klimaschutzabkommen zu ratifizieren, bis ein weitreichenderes Klimaschutzabkommen beschlossen wird;
8. *bekräftigt* den notwendigen Entwurf eines Maßnahmenpaketes, das die Produktions- und Lebensgrundlagen in den betroffenen Regionen sichert und verweist auf die Notwendigkeit der Einleitung von Präventivmaßnahmen in vom Klimawandel betroffenen Regionen;
9. *strebt an*, mit der Anzahl der Emissionszertifikate die Zielgebung des ersten operativen Absatzes zu reflektieren;
10. *empfiehlt*, die bestehenden Regeln in Bezug auf die faire Verteilung der Emissionszertifikate zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern erneut zu überprüfen und eventuelle Verbesserungen vorzunehmen;
11. *fordert* eine Vergünstigung von Emissionsrechten für Länder, die verstärkt nachhaltige und energieeffizientere Technologien verwenden, um den Ausbau solcher Technologien zu fördern;
12. *empfiehlt* die Unterstützung der Staaten, die sich den Ausbau erneuerbarer Energien aus eigenen Mitteln nicht leisten können, durch wirtschaftlich starke Staaten und befürwortet die Überwachung der zweckmäßigen Nutzung von Entwicklungshilfegeldern durch eine unabhängige und nicht beeinflussbare Expertenkommission;
13. *betont*, dass durch die Folgen des Klimawandels in allen Ländern bereits eine Veränderung der Umwelt stattgefunden hat und Umweltkatastrophen, sowie fehlende Technologien und fehlende finanzielle Mittel, die derzeitige Situation insbesondere in Entwicklungsländern zusätzlich verschlechtern und *empfiehlt* daher auf kommunaler Ebene durch Aufklärung Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.